

Pfiffige DemokratInnen?

Ein seltsames Verständnis von Meinungsfreiheit

Marcus Mayer

Die Gebrüder Schäuble hatten es in letzter Zeit wirklich nicht leicht. In Göttingen mußte der ältere, Wolfgang, bei einem geplanten Vortrag zur „Hochschule im Zeitalter der Globalisierung“ mit Polizeischilden geschützt werden, die Veranstaltung konnte aufgrund des im Saal herrschenden Spektakels nicht stattfinden. Zuvor hatten die jeweilige örtliche Linke und AntiFa in Berlin und Hannover dieselbe Veranstaltung schon vor dem Beginn verhindert, indem man Schäuble gar nicht erst in den Hörsaal einrollen lies. In Göttingen kam er wenigstens bis in das AudiMax, aber sein Vortrag war aufgrund des Gebrülls und Pfeifens noch vor dem ersten Wort beendet.

Ähnliche Erfahrungen mußte der jüngere Schäuble – Thomas, Innenminister in Baden-Württemberg – machen, als er anlässlich einer Veranstaltung der Freiburger CDU zur Unterschriftensammlung seiner Partei nicht zu Wort kam. Auch bei diesem Diskussionsabend wählte man sich eher auf Galapagos zu Zeiten der Vogelbrut, denn bei einem Meinungsaustausch in Mitteleuropa. In beiden Fällen hat die Linke ihr selbstgestecktes Ziel erreicht: Sowohl Wolfgang als auch Thomas kamen nicht zu Wort und gaben nach einiger Zeit entnervt auf. Ein schöner Erfolg also? Mitnichten! Das Vorgehen der linken Gruppierung war nicht nur strategisch unklug, sondern vor allem undemokratisch.

Zum einen kann man natürlich über den persönlichen Lustgewinn streiten, den man bei einer Diskussionsveranstaltung mit konservativen SpitzenpolitikerInnen erlebt. Wenn ein gewiefter Rhetoriker wie Wolfgang Schäuble zunächst einen ellenlangen Vortrag hält, um bei der anschließenden Fragerunde durch das Auditorium sich deren Fragen so zurechtzubiegen, daß sie ihm passen beziehungsweise gar nicht auf die Fragen eingeht, mag der Gewinn für den kritisch denkenden Menschen tatsächlich eher gering sein. Nur sollte man dies jedoch spätestens nach der zweiten derartigen Veranstaltung mitbekommen haben und

dann daheim bleiben, statt anderen Menschen die Möglichkeit zu nehmen zu sprechen respektive zu lauschen. Ganz abgesehen davon, welche Kritik die Linke anschlagen würde, wenn ihre VordenkerInnen bei einer genehmigten Veranstaltung aufgrund des Säbelraschens von Burschenschaftlern nicht zu Wort käme: Der Vorwurf des Neofaschismus dürfte dann wohl relativ schnell im Raum stehen.

Besonders schwach wird der lautstarke Unmut vor allem dann, wenn einzig und allein die Person zur Zielscheibe des Protestes wird, unabhängig vom Thema zum dem er oder sie sprechen will. Obwohl Wolfgang Schäuble zu einem faden Thema wie Hochschule und Globalisierung referieren wollte und nicht zum Staatsbürgerschaftsrecht, durfte er seine Meinung nicht kundtun. Auch sein Angebot, statt des angekündigten Themas über die Vor- und Nachteile des Doppelpasses zu diskutieren, war aufgrund des Lärmpegels nicht möglich. Da muß doch zumindest die Frage gestattet sein, ob die Ursache für das Pfeifkonzert nicht darin zu suchen ist, daß viele Pfeifenmänner und -frauen inhaltlich nicht fit genug waren, um Schäubles „Argumente“ auseinander zu nehmen. Im Übrigen: Nicht nur, daß in etwa 4/5 der anwesenden ZuhörerInnen sehr gerne mit dem CDU-Vorsitzenden diskutiert hätten¹, auch wenn nur eineR Schäuble zuhören will, sollte er bzw. sie dies auch tun können.

Zum zweiten, und darüber scheinen sich die Beteiligten keine Gedanken gemacht zu haben, ist es auch ein strategischer Fehler mit der Kraft des Lauteren unliebsame Meinungen nicht hören zu wollen. Um dies nachzuvollziehen, muß man sich nur einmal die Pressereaktionen auf die Aktion in Göttingen betrachten. Selbst in der *taz*, die sich in Sachen Doppelpaß zum Regierungswerbeblatt gemacht hat, finden sich Sätze wie „...[die ZuhörerInnen] haben sich nur schweigend über die Störer geärgert.“² Ein klassisches Eigentor, das sich die Linken in Göttingen eingefangen haben. Statt der Verbesserungen, die

rot-grün (damals noch) plante wird nun Schäuble in den Medien in Schutz genommen.

Vergleichbare Reaktionen auch in Freiburg: Den „150 meist junge Menschen stand der Triumph ins Gesicht geschrieben.“³ Schön, nur reagiert die CDU natürlich darauf und hat nach Absprache mit der Polizei den Unterschriftenstand abgesagt. In den lokalen Medien steht dann schwarz auf weiß: „Es ist nicht zu verantworten, daß 200 Polizisten unsere Mitglieder und unseren Stand vor 200 Chaoten schützen müssen“⁴ Und wen wird es verwundern, daß die LeserInnenbriefInnenschreiberInnen dem voll und ganz Rückendeckung geben – taktisch clever von der Union.

Aber abgesehen davon, wie die Linke die öffentliche Meinung gegen sich aufbringt, kann man nur schwerlich von einem Erfolg reden, wenn die CDU aus Furcht vor „Chaoten“ die Unterschriftensammlung in Freiburg abbläst. Ganz gleich wie schäbig die Hetzkampagne der CDU und wie unbegründet ihre Angst auch sein mag: Welches Verhalten die demokratische Auseinandersetzung stärker schädigt – die CDU mit ihrer Aktion auf dem Rücken der „AusländerInnen“ oder die Linken, die mit Trillerpfeifen eine Diskussion nicht stattfinden lassen – ist nur schwer zu beurteilen.

Als ausgesprochen peinlich kann man jedoch den Protest gegen Thomas Schäuble dann bezeichnen, wenn man sich vor Augen hält, daß zeitgleich, im selben Gebäude und lediglich einen Saal weiter der Freiburger Bundestagsabgeordnete der SPD ungestört seine Meinung und die seiner Partei zur Reform des Staatsbürgerschaftsrechts zum besten geben konnte. Angesichts der sozialen Hürden, die die SPD in die Einbürgerung einbauen will, hätte die Linke konsequenterweise dann auch deren Veranstaltung sprengen müssen – zumindest in ihrer eigenen Logik.

Marcus Mayer studiert Jura und lebt in Freiburg.

Anmerkungen:

- 1 *tageszeitung (taz)*, 23.01.1999, 7.
- 2 Ebd.
- 3 *Badische Zeitung (BZ)*, 06.02.1999, 24.
- 4 Klaus Schüle, Kreisvorsitzender der CDU in Freiburg, *BZ*, 06.02.1999, 25.

